

Rentrée politique - der Vorwahlkampf beginnt

Mit der Rentrée politique im September 2011 beginnt in Frankreich der Vorwahlkampf zu den Präsidentenwahlen und Parlamentswahlen in Frühjahr (April/Mai) 2012. Vor der Sommerpause hatte Präsident Sarkozy seine Regierung noch einmal umgebildet und sein Wahlkampfkabinett etabliert. Nun konzentriert sich die Majorité Présidentielle auf die Inhalte, auf das Programm für den Wahlkampf, das vor allem von Bruno Le Maire konzipiert wird.

Außenpolitisch hat Präsidenten Sarkozy mit der erfolgreiche Intervention in Libyen einen außerordentlichen Prestigeerfolg erzielt. In einer außenpolitischen Grundsatzrede hob Präsident Sarkozy Ende August hervor, dass mit der Libyen-Intervention erstmals die Europäer eigenständig einen Konflikt vor ihrer „eigenen Haustüre“ ausgefochten und gelöst hätten. Das ist zwar etwas übertrieben, da ohne die Unterstützung der USA, vor allem zu Beginn der Intervention, dieser Erfolg wohl kaum möglich gewesen wäre. Die anfängliche Kritik an Sarkozy ist aber verstummt und er genießt den Erfolg ohne überheblich zu werden.

Frankreich wird sich nun direkt und im Rahmen der EU um den Neuaufbau politischer Strukturen und der wirtschaftlichen Grundlagen in Libyen und in den übrigen Staaten der „Arabellion“ bemühen. In seiner Grundsatzrede erwähnte Präsident Sarkozy auch explizit Syrien. Wobei sicher nicht an eine Intervention à la Libyen gedacht ist. Doch sieht Sarkozy wieder eine Mission für Frankreich und für Europa.

Die Intervention der internationalen Koalition um Frankreich und das Vereinigte Königreich hat aber auch offengelegt, dass von

einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU bei weitem keine Rede sein kann. Mit seiner Enthaltung im UN-Sicherheitsrat hat sich Deutschland eine seinen Partnern unverständliche Position begeben und seine Allianzpartner vor den Kopf gestoßen. Die Frage wird wieder offen gestellt, „kann man sich auf Deutschland in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik noch verlassen?“ Und: „wofür steht Deutschland, wie ist die deutsche Position?“

Darüber hinaus hat die Intervention gezeigt, dass die Mitgliedsländer der EU zu wenig für ihre äußere Sicherheit aufwenden, dass die Friedensdividende zu großzügig für andere Zwecke verwendet wurde. Selbst Frankreich und UK sind bei einem doch relativ begrenzten Einsatz materiell und logistisch an Grenzen gestoßen. Ganz zu schweigen von den übrigen Mitgliedsstaaten, deren Anstrengungen bei weitem hinter den Notwendigkeiten zurückbleiben.

Auch auf dem Felde der Europapolitik sieht Präsident Sarkozy die Position Frankreichs gestärkt. Frankreich hat in den letzten Jahren einen erstaunlichen Wandel vollzogen. Noch zu Zeiten von Präsident Chirac wäre es nicht denkbar gewesen, dass Frankreich dem Vorbild der deutschen Austeritätspolitik folgt und gar über die Einführung einer Schuldenbremse diskutiert. Präsident Sarkozy und seine Regierung unternehmen große Anstrengungen, das französische Haushaltsdefizit zu verringern. Gleichwohl sind sie dabei bisher nicht sehr erfolgreich. Und vor kurzem hat Präsident Sarkozy gar eine Änderung der Verfassung und die Einführung einer Schuldenbremse vorgeschlagen. Generell fällt auf, wie sehr sich gerade Politiker der UMP am „deutschen Modell“ zu

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

7. September 2011

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

inspirieren versuchen. Das reicht von der deutschen Budgetpolitik, über die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zur beruflichen Bildung bis hin zum Mittelstand, zur Pflegeversicherung und zur Wettbewerbsfähigkeit.

Dabei darf man sich allerdings keiner Illusion hingeben. Nicht immer hat in Frankreich ein Begriff dieselbe Bedeutung wie in Deutschland. „Gemeinsame Wirtschaftsregierung“ bedeutet links des Rheins Aufbau von Institutionen, Gipfeltreffen, Vorrang der Politik gegenüber wirtschaftlichen Zwängen. Rechts des Rheins bedeutet der Begriff mehr Koordinierung, Harmonisierung, Abstimmung, jedoch keine neuen Institutionen. Missverständnisse in den deutsch-französischen Beziehungen rühren oft daher, dass man sich dieser Unterschiede in der Bedeutung des gleichen Begriffs in Deutschland und in Frankreich nicht bewusst ist.

Letztlich geht es in diesem Dialog zwischen Deutschland und Frankreich auch darum, welche wirtschaftspolitische Ordnung zukünftig Europa prägen wird, ob die Austeritätspolitik, haushaltspolitische Disziplin sowie das Bemühen um die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit die neuen Leitlinien der Wirtschaftspolitik aller EU-Mitgliedsstaaten sein werden. Oder die Forderung nach angeblich geschuldeter Solidarität, nach Eurobonds und immer neuen Stabilisierungsmaßnahmen zu Lasten des europäischen Steuerzahlers. Der Weg der EU insgesamt wird maßgeblich davon abhängen, für welche Richtung Frankreich sich entscheidet. Für Präsident Sarkozy ist die Antwort vergleichsweise klar. Sein politisches Lager indes folgt ihm in dieser Hinsicht teils nur widerwillig. Sollte Frankreich im Frühjahr 2012 einen sozialistischen Präsidenten wählen, wären die positiven Veränderungen, die Frankreich in den letzten Jahre erzielt hat, gar wieder massiv gefährdet.

Auf dem Felde der Innen- und Sicherheitspolitik hat die Regierung Sarkozy/Fillon immer eine straffe Politik verfolgt. Zu lange hatte man sich in Frankreich in der Vergangenheit der Illusion hingeegeben, Zuwande-

rung und Integration seien keine französischen Probleme.

Es hat lange gedauert, bis die politische Führung die geradezu mit einem Tabu belegte prekäre Situation wahrnahm und reagierte. Auch in Frankreich ist das multikulturelle Modell gescheitert, steht man vor allem vor einem Problem des Kommunitarismus, d.h. ethnische Minderheiten, die es nach französischer Definition eigentlich gar nicht geben dürfte, grenzen sich zunehmend von der übrigen Gesellschaft ab und führen ein Eigenleben bis hin zur Abschottung gegenüber dem staatlichen Hoheitsanspruch.

Hinzu kommt, dass der Front National infolge dieser Probleme vor allem unter der Mittelschicht großen Zuspruch erhält. Präsident Sarkozy und seine Regierung haben deshalb die Themen Integration und innere Sicherheit zu Schwerpunkten ihrer Regierungspolitik gemacht. Auch den Wahlkampf wird dies wesentlich prägen.

Der Erfolg des Front National speist sich aber auch aus dem so empfundenen wirtschaftlichen Niedergang von Teilen der Mittelschicht im Vergleich zur Oberschicht. Vielfach wird hierfür die Globalisierung verantwortlich gemacht. Und im europäischen Kontext ist dies gleichbedeutend mit der Europäischen Union. Daher stammt unter anderem auch die massive Ablehnung der EU durch den Front National, der damit selbst für viele linksextreme Wähler attraktiv ist.

Die Sozialistische Partei absolviert in den nächsten Wochen ein Experiment, dessen Ausgang bzw. Erfolg noch offen ist. In Vorwahlen soll der Kandidat der Partei für die Präsidentenwahlen bestimmt werden. Man erhofft sich dadurch eine ähnliche Mobilisierung der Wählerschaft, wie anlässlich der Vorwahlen der Demokratischen Partei in den USA bei der Wahl von Barack Obama. Bisher hat man aber den Eindruck, dass der Vorwahlkampf eher dazu führt, die ohnehin schon tiefen Gräben zwischen den verschiedenen Lagern der Sozialistischen Partei noch zu vertiefen. Es wird einiger Anstren-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

7. September 2011

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

gung bedürfen, diese Gräben nach erfolgter Vorwahl wieder zuzuschütten.

Nach dem abrupten Ausscheiden von Dominique Strauss-Kahn konzentriert sich nun das Rennen auf François Hollande, Martine Aubry und Ségolène Royal. Nach heutigem Stand dürfte Hollande der Kandidat der Sozialisten bei den Präsidentenwahlen werden.

Bei der Präsidentenwahl im Frühjahr 2012 werden sich, abgesehen von einigen unbedeutenden Kandidaten, voraussichtlich gegenüberstehen: Nicolas Sarkozy, François Hollande und Marine Le Pen.

Vor einigen Wochen hatte es noch so ausgesehen, als könnte Marine Le Pen sogar in den zweiten Wahlgang gelangen. Gegenwärtig sagen die Umfragen eher eine Entscheidung zwischen Sarkozy und Hollande voraus, wobei Hollande einen deutlichen Vorsprung hat. Wahltag ist aber erst in knapp acht Monaten (22. April und 6. Mai 2012). Ein heftiger Wahlkampf steht noch bevor. Dabei werden die aufgeführten Themen der Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Europapolitik und Innenpolitik die ausschlaggebende Rolle spielen. Der Amtsinhaber hat gerade in schwierigen Zeiten einen Bonus. Nicolas Sarkozy hat außerdem in den letzten Wochen in den Umfragen deutlich zugelegt. Damit haben sich die Chancen von Nicolas Sarkozy für eine zweite Amtszeit (2012 - 2017) verbessert. Sein Sieg ist indes noch keineswegs gewiss. Zumal die zentrifugalen Kräfte auch innerhalb der UMP immer wieder den Zusammenhalt der UMP gefährden.

(Beiliegende Übersicht gibt einen Eindruck von den Wahlaussichten der verschiedenen Kandidaten im ersten und zweiten Wahlgang.)

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

7. September 2011

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

Résumé des intentions de vote au 1er tour

Présidentielle 2012

	LH2 2-3 septembre	Ifop 30 août - 2 septembre	CSA 22-23 août	Ifop 19-21 juillet	CSA 11 juillet
Nathalie Arthaud	0,5 0,5 1	0 0 0	1 0,5 1	0 0,5 0,5	2 1 1
Philippe Poutou	0 0 0,5	0,5 0,5 0,5	0,5 0,5 1	0 0,5 0,5	0,5 0,5 0,5
Jean-Luc Mélenchon	4 5 5	6 6 7	6,5 7 9	4 4 6	7 6,5 8,5
Martine Aubry	30	25	26	25	25
François Hollande	35	29	27	28	26
Ségolène Royal	18	17	19	16	17
Jean-Pierre Chevènement		0,5 1 1,5		0,5 1 1	
Eva Joly	6 4,5 10	6 6 9	5 5 7	7 7 9,5	5 5 7
François Bayrou	6 6 8	6 6,5 8	7 7 9	6,5 7,5 9	6 6 6
Jean-Louis Borloo	6 8,5 10	6 6,5 8	8 8 8	7,5 8 8,5	8 9 11
Dominique de Villepin	2 3,5 4	2,5 3 3	3 4 4	2,5 2 3	2 2 2
Frédéric Nihous		0,5 1 1		0 0 0	
Nicolas Sarkozy	27 27 29	23,5 24 25	26 26 26	23 23,5 25	26 27 28
Christine Boutin	2 2 2	0,5 0,5 0,5	0,5 0,5 0,5	0,5 0,5 0,5	0,5 1 1
Nicolas Dupont-Aignan	0,5 1 0,5	0,5 0,5 0,5	0,5 0,5 0,5	0,5 0,5 0	1 1 1
Marine Le Pen	11 12 12	18,5 19,5 19	15 15 15	20 20 20,5	16 16 17

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

7. September 2011

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

Présidentielle 2012 Résumé des intentions de vote au 2ème tour

	LH2 2-3 septembre	Ifop 30 août - 2 septembre	Ifop 19-21 juillet	BVA 8-9 juillet	Harris 3-5 juin
Martine Aubry	54	54	53	58	58
François Hollande	57	59	57	58	60
Ségolène Royal	49				51
Dominique Strauss-Kahn				54	
Nicolas Sarkozy	43	41	43	42	40
Marine Le Pen	46	51	47	46	49
					63
					37

Ces tableaux regroupent les dernières intentions de vote tels que mesurés par les instituts de sondage. Ils peuvent correspondre à des questions légèrement ou très différentes et ce fait, ainsi que l'existence de la marge d'erreur, doit être pris en compte dans toute analyse des chiffres donnés.

Les candidats sont ceux testés par les instituts de sondage et ne représentent pas forcément ceux qui seront candidats à la présidentielle. Les cases mises en valeur indiquent: pour le premier tour, les scores permettant de passer au second tour; pour le deuxième tour, le score du vainqueur de l'élection.